

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949

33 (15.2.1949)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Erscheinungsweise: Täglich, außer Donnerstag und Sonntag.
Redaktion, Verlagsabteilung und Druck: Karlsruhe, Waldstraße 23.
Telefon Nr. 922933 (Dringend Presse) Anzeigenannahme und Ver-
trieb: Karlsruhe, Kaiserstraße 60, Telefon 9643; Durlach, Phalaris-
straße 43, Eilingen, Leopoldstraße 1, Telefon 36, Buchhandlung L&Kner.

Bezugspreis monatlich DM 2,40 einschließlich Trägergebühr.
Postzustellung DM 1,20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigen-
preise: Die sechsseitige, 46 mm breite Millimeterzeile Millimeter-
Grundpreis DM — 80, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preis-
liste Nr. 3a. — Postcheckkonto: Postcheckamt Karlsruhe Nr. 60 538.

3. Jahrgang / Nummer 33 Karlsruhe, Dienstag, 15. Februar 1949 Einzelpreis 20 Pfennig

Truman berichtet über ERP

WASHINGTON, 14. Febr. (UP) In einem dem amerikanischen Kongress unterbreiteten Bericht stellt Präsident Truman fest, daß alle kommunistischen Versuche, den Marshallplan zum Scheitern zu bringen, fehlerhaft seien. Truman gibt zu, daß die kommunistische Propaganda gegen das ERP mächtig, gut organisiert und finanziell sicher unterbaut sei. Trotzdem hätten die Auswirkungen dieser Propaganda in keinem Falle die Erwartungen der Kommunisten erfüllt. — Den zweiten Teil des ECA-Berichtes an den amerikanischen Kongress widmet Präsident Truman dem Problem der Beibehaltung von ursprünglich zur Demontage vorgesehenen deutschen Industriebetrieben. Truman versichert, daß dieses Problem im Hinblick auf den Marshallplan ständig geprüft werde. Sowohl aus amtlichen als auch privaten Quellen seien der amerikanischen Regierung in dieser Angelegenheit wertvolle Informationen zugegangen. Truman betone dabei, daß amerikanische Wirtschaftskreise sehr viel dazu beitragen könnten, die Entscheidung, welche Industriebetriebe Deutschland belassen werden sollten, zu erleichtern.

Pius XII. prangert Ungarn an

ROM, 14. Febr. (UP) Vor dem Kardinalskollegium erklärte am Montag Papst Pius XII., daß er das Geheimnis Konsistorium zusammengekommen habe, um seinem Protest gegen die Verurteilung des Kardinals Mindszenty nochmals Ausdruck zu geben.

Ungarn habe dem Kardinal die größte Unehre zugefügt. Mindszenty sei zu seinen „Geständnissen“ gezwungen worden, so erklärte der Papst, und der ganze Prozeß sei künstlich und auf Spitzfindigkeiten aufgebaut gewesen. Es sei ganz klar, daß der Prozeß „den Hauptzweck“ habe, die katholische Kirche in Ungarn zu erschüttern.

Sowjetprotest an Iran

PARIS, 14. Febr. (DENA-AFP) Der sowjetische Botschafter in Teheran legte, einem Bericht der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zufolge, bei der iranischen Regierung Protest gegen die Verlesung von Dokumenten im iranischen Parlament im Anschluß an das Attentat auf Schah Pahlavi ein. In diesen Dokumenten wird die Sowjetunion der Einmischung in die iranische Parteipolitik bezichtigt.

Massenverhaftungen in Ägypten

KAIRO, 14. Febr. (UP) Im Zusammenhang mit der Ermordung Hassan El Bannas wurden im Laufe des Sonntag in Ägypten 200 Personen festgenommen. Amtlich wurde hierzu bekanntgegeben, daß es sich bei diesen Verhaftungen um „vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen“ handle.

Tsingtau wird geräumt

NANKING, 14. Febr. (UP) Wie aus chinesischen Regierungskreisen verlautet, hat das Armeekommando beschlossen, die Stadt Tsingtau in der Provinz Schantung in Nordchina zu räumen. Diese wichtige Hafenstadt habe, abgesehen von den amerikanischen Marinestreitkräften, eine Garnison von etwa 60.000 Mann, die auf dem Seewege abtransportiert und zur Verteidigung der Jangtsekinie verwendet werden könnte. Tsingtau ist die letzte größere Stadt Nordchinas, die bisher von den Regierungstruppen gehalten wurde. Die amerikanischen Marinestreitkräfte werden Tsingtau ebenfalls verlassen.

Panik wegen „Marsmenschen“

NEW YORK, 14. Febr. (DENA-Reuters) Zu blutigen Szenen kam es in Quito, der Hauptstadt von Ecuador, als der dortige Sender ein Hörspiel, das die Invasion der Marsbewohner schilderte, in so realistischer Form brachte, daß viele Hörer von Panik erfaßt wurden. Als sie schließlich erkannten, daß es sich nur um ein Hörspiel handelte, stürmte die aufgeregte Menschenmenge das Rundfunkhaus und setzte es in Brand, wobei mindestens vier Personen ums Leben gekommen sein sollen. Der angerichtete Schaden wird auf 90.000 Pfund Sterling beziffert.

Welt-Rundschau

WASHINGTON, (UP) Vor der ungarischen Gesandtschaft in der Bundeshauptstadt der USA sind Sonderwagen aufgestellt worden, da angeblich ein Anschlag auf den ungarischen Gesandten geplant war. — OSTRAU. In einem Ostrauer Bergwerk ereignete sich eine Explosion. Man rechnet damit, daß 24 Bergleute ums Leben gekommen sind. — ANCONA. (UP) Ein Autobus mit 40 Personen stürzte einen 25 Meter tiefen Abhang hinunter. Dabei wurden sieben Personen getötet und 27 schwer verletzt. — JOHANNESBURG. Anläßlich einer Razzia kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Eingeborenen. Dabei wurde ein Mann getötet und vier verletzt. — NEU DELHI. Die Verluste der indischen Armee im Kaschmirfeldzug belaufen sich auf 1795 Tote und 4109 Verwundete. (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten DENA)

OMGUS kritisiert Grundgesetz-Entwurf

„Mehrere Bonner Entscheidungen stehen in Widerspruch zu den alliierten Empfehlungen“

BERLIN, 14. Febr. (DENA) Ein Sprecher der amerikanischen Militärregierung für Deutschland kritisierte einige Beschlüsse des Parlamentarischen Rates zum Grundgesetz und drückte seine Bedenken aus, daß eine Anzahl der Entscheidungen des Rates bereits im gegenwärtigen Stadium in kräftigem Widerspruch zu den alliierten Empfehlungen stehen.

„Seit Wochen und Monaten, so versicherte der Sprecher, habe die US-Militärregierung die Entwicklung der Arbeiten der Parlamentarier mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Sie bedauere aufs äußerste, daß die Ansichten der überwiegenden Mehrheit des Rates in vielen Fällen nicht mit den alliierten Empfehlungen übereinstimmen. Fast alle der für die Verfassungsaufgaben zuständigen OMGUS-Berater sind dem Sprecher zufolge außerordentlich enttäuscht, daß die Deutschen die Erfahrungen der älteren westlichen Demokratien von der Hand weisen.“ Nach Ansicht des Beraters ist der Parlamentarische Rat zum Teil aus parteipolitischen Erwägungen, zum Teil aus nationaler Zweckmäßigkeit, teils aber auch mit Absicht von den alliierten Empfehlungen abgewichen.

Der Sprecher betonte, die Abgeordneten des Rates seien eingehend darüber informiert worden, daß das Prinzip der Dezentralisierung und des Föderalismus dem westdeutschen Staatswesen zugrunde liegen müsse.

Die entsprechenden Punkte seien sowohl den Ministerpräsidenten als auch dem Parlamentarischen Rat als Maßstab vorgelegt worden, nach dem die Militärgouverneure das Grundgesetz beurteilen werden. Von dieser Beurteilung, so erinnerte der Sprecher, könne die Annahme bzw. Ablehnung des Grundgesetzes abhängen.

Der Sprecher führte dann im einzelnen die vier Hauptpunkte an, in denen der Bonner Verfassungsentwurf in seiner jetzigen Form nicht mit den alliierten Empfehlungen übereinstimmt. Als ersten Punkt nannte er die Frage der Bundesfinanzen. Der Sprecher äußerte ferner Bedenken gegen die Bestimmungen, die der Bundesregierung auf vielen Gebieten die Vorrang-Gesetzgebung einräumen, so zum Beispiel bei der Gesetzgebung über die öffentliche Fürsorge, über das Recht der Wirtschaft und über den Schutz des deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung ins Ausland.

Der Sprecher wandte sich drittens entschieden gegen den Artikel 27 des Grundgesetzentwurfes, über das Berufsbeamtentum, in dem es heißt, daß „den hergebrachten Grundsätzen über die Rechtsstellung der Berufsbeamten Rechnung getragen ist“. Gerade diese „hergebrachten Grundsätze“ bedürfen nach amerikanischer Auffassung dringender Reform, auf der die amerikanische Militärregierung bestehen werde. Als letzten Punkt kritisierte der Sprecher die ungenau

Definierung des Status der Länder, die eine zu dehnbare Auslegung durch die Bundesregierung zulasse. Nach alliierter Ansicht bedürfe dieser Punkt unbedingt einer klareren Abfassung, da sich sonst die Möglichkeit ergebe, die die Bundesregierung als „einer einheitlichen Regelung bedürftig“ ansehe. Der Passus, nach dem die Bundesregierung die „notwendigen Maßnahmen treffen kann, um das Land auf dem Wege des Bundeszwanges zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten“, sei gleichfalls unklar.

Der Sprecher drückte abschließend die Hoffnung aus, daß die Kreise des Parlamentarischen Rates, die eine Aussprache mit den Militärregierungen vor Abschluß der Beratungen über das Grundgesetz für wünschenswert erachteten, eine solche „vielleicht erfolgreiche“ Besprechung in die Wege leiten könnten. Dies sei jedoch nur seine persönliche Meinung.

Ernüchterung über Bundesrat

KASSEL, 14. Febr. (DENA) Die Zustimmung der Bevölkerung zu einer Wahl Kassels als Bundeshauptstadt hat nach den von dem Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klatt gemachten Äußerungen über die Wohnraumbedingungen des deutschen und alliierten Personals an den zukünftigen Bundesrat teilweise einer Ernüchterung Platz gemacht. Der plötzliche Umschwung hat seinen Grund

insbesondere in einer Äußerung Klettis, die besagt, daß das Dreimächtekontrollamt in der zukünftigen Bundeshauptstadt 1000 den alliierten Ansprüchen angemessene Wohnungen benötigen würde. Die Kasseler Bevölkerung habe bisher immer die Meinung vertreten, daß die Besatzungsmächte nicht daran interessiert seien, ihre Verwaltungsorgane mit denen der deutschen Bundesregierung zusammenzulegen. Die Bevölkerung befürchtet daher eine weitgehende Beschlagnahme in den noch unzerstörten Randgebieten und Villenvororten der Stadt. Die Kreise der Industrie, der gewerblichen Wirtschaft und des Handels sind weiter entschlossen an dem Projekt Kassel als Bundeshauptstadt interessiert, da sie sich davon einen großen wirtschaftlichen Aufschwung erhoffen.

Grenzbesprechungen in Paris

LONDON, 14. Febr. (DENA-Reuters) Die Besprechungen über westdeutsche Grenzveränderungen werden, Berichten gut unterrichteter Kreise zufolge, am 22. Februar in Paris stattfinden. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte, daß Großbritannien durch einen Beamten des Foreign Office vertreten sein wird. Mit den Besprechungen soll die Arbeit des Sechsmächte-Grenzveränderungs-Ausschusses abgeschlossen werden. Der Ausschuss hatte zugunsten Frankreichs und der Benelux-Staaten geringfügige Grenzveränderungen vorgeschlagen, die inzwischen von Frankreich, den Benelux-Staaten, Großbritannien und den USA gebilligt worden sind.

Drei größere niederländische Gebietsforderungen an Deutschland sind bisher nicht behandelt worden, sondern werden erst bei Friedensverhandlungen zur Sprache kommen.

Neuer Pressegesetz-Entwurf

HEIDELBERG, 14. Febr. (DENA) Ein neuer, in der Öffentlichkeit noch nicht bekannter Entwurf eines Pressegesetzes für Württemberg-Baden wurde hier auf einer Tagung des württemberg-badischen Journalistenverbandes besprochen. Der neue Entwurf, der gegenwärtig dem Landtag vorliegt, enthält gegenüber der Fülle der Paragraphen des alten, inzwischen zurückgezogenen Entwurfes, nur acht Abschnitte. Der Grundsatz der Pressefreiheit wurde im Eingangsartikel niedergelegt. Die Informationsfreiheit der Presse soll durch die Behörden unterstützt werden. Unstrittene Grundsatzfragen wurden fallen gelassen und näher Ausführungs-Bestimmungen dem nächsten künftigen Bundesgesetz vorbehalten.

Schacht bleibt Hauptschuldiger

STUTTGART, 14. Febr. (SAZ) Nach mehrstündiger Beratung faßte die Zentralprüfungskommission Nordwürttembergs den Beschluß, den Berufungsantrag Dr. Hjalmar Schachts gegen die Kassation seines Rechtspruchs zweiter Instanz zu verwerfen. Damit gilt der ehemalige Reichspräsident nach dem Urteil erster Instanz wieder als Hauptschuldiger. Obwohl Dr. Schacht vom Befehlungsministerium zu seiner auf Montag anberaumten Verhandlung freies Geleit zugesichert worden war, erschienen weder Dr. Schacht noch sein Offizialverteidiger, Dr. Wolfgang Schwamberger. Der Kammer lag lediglich ein Schreiben des Verteidigers vor, in dem die Rechtmäßigkeit der Kassation und des Befehlungsgesetzes überhaupt nach Außerkräften des Artikels 104 der württemberg-badischen Verfassung auf das entschiedenste bestritten wird.

Zwischenfall an der Zonengrenze

BAD HARBURG, 14. Febr. (DENA) Ein schwerer Zwischenfall ereignete sich in der Nacht zum Montag an der britisch-sowjetischen Zonengrenze. Der Polizeiwachmeister Hans Köhler wurde bei einem Kontrollgang im Grenzgebiet Walkried von einem sowjetischen Grenzposten aus dem Hinterhalt beschossen und schwer verletzt. Köhler wurde im Morgengrauen von der Abklärung gefunden und mit einem Rückenstretcher auf das Braunlager Krankenhaus eingeliefert.

Riesenschmuggel mit Zigaretten

WIESBADEN, 14. Febr. (DENA) Die amerikanische Militärregierung für Hessen gab die kürzlich erfolgte Beschlagnahme von 28 Millionen Zigaretten bekannt. Dies ist die größte bisher erfolgte Sicherstellung von Bannwaren, die mutmaßlich dem Schwarzen Markt zugeführt werden sollten. Die Zigaretten, die — bei einem Gewicht von 28 Tonnen — in 140.000 Kartons verpackt waren, wurden auf einem Rhein Kahn entdeckt, der sich auf dem Weg von Antwerpen nach Basel befand. Benannte der amerikanischen Luftstreitkräfte und der Militärregierung für Hessen sind mit der Aufklärung des Falles beschäftigt.

Vor Entscheidung über Berliner Währung

Oberbürgermeister Prof. Ernst Reuter äußert sich positiv über seine Auslandsreise

BERLIN, 14. Febr. (DENA) Der Berliner Oberbürgermeister, Professor Ernst Reuter, gab am Montag in einer außerordentlichen Sitzung des Stadiparlaments einen Bericht über seine Reise nach London und Paris.

Der englische Außenminister, Ernest Bevin, habe größtes Interesse an den Vorgängen in Berlin gezeigt, teilte Reuter zu Beginn seiner Ausführungen mit, und sich bereit erklärt, in Kürze Berlin persönlich einen Besuch abzustatten. Ebenso werde der Londoner Oberbürgermeister in absehbarer Zeit zu einem Besuch in die blockierte Stadt kommen.

Wenn auch Deutschland noch keine Verhandlungen mit dem Ausland führen könne, so zeige sich allein doch durch die Tatsache, daß er als Vertreter Berlins Gelegenheit gehabt habe, die Ansicht der Bevölkerung dieser Stadt im Ausland darzulegen, eine wesentliche Aenderung der Berliner Situation, fuhr Reuter fort. Die Haltung der Berliner Bevölkerung, die im Ausland größte Anerkennung finde, habe ihm die Besprechungen sehr erleichtert. Er sei überall auf Sympathien für Berlin gestossen. Reuter betonte, daß er vor allem die Berliner Währungsfrage, die gegen-

wärtig das dringendste Problem darstelle, angeschnitten und auf die zwiespältige Situation in Berlin hingewiesen habe. Er könne mitteilen, daß die Lösung dieser Frage unmittelbar vor der Entscheidung stehe und daß die Bahn für die Lösung dieses Problems freigegeben sei. Er könne naturgemäß noch keine näheren Daten nennen, jedoch habe ihm der britische Außenminister zugesichert, daß eine Entscheidung bald gefällt werde, da Berlin in Anbetracht der schwierigen Situation nicht mehr länger in Ungewißheit bleiben dürfe.

Er sei ferner autorisiert, fuhr Reuter fort, die positive Auffassung der britischen Regierung in bezug auf die Erweiterung der Luftbrücke, die vom Magistrat mit täglich 6000 Tonnen vorgesehen wurde, bekanntzugeben. Diese Notwendigkeit sei von allen beteiligten Stellen eingesehen worden.

Auch die staatsrechtliche Stellung Berlins, die nach Auflösung Preußens und dem Zusammenrücken des Alliierten Kontrollrats noch immer auf Klärung warte, sei erörtert worden, erklärte Reuter weiter. Er habe gebeten, Berlin als zwölftes Land in der künftigen deutschen Bundesrepublik mit allen Rechten und Pflichten anzuerkennen. Obwohl er nicht berechtigt sei, zu erklären, daß diese Forderung vor ihrer Erfüllung stehe, habe er in seinen Besprechungen doch die feste Überzeugung gewonnen, daß man diese Forderung im Prinzip anerkennen werde. Inzwischen müsse mit einer Übergangsregelung gerechnet werden. Voraussetzung für die Anerkennung dieser Forderung bilde die Übereinstimmung aller drei Besatzungsmächte.

Im Mittelpunkt der Besprechungen in Paris stand nach den Ausführungen Reuters eine einseitigbündige Unterredung mit dem französischen Außenminister Schuman, an der auch der Sonderbeauftragte für deutsche Angelegenheiten, Botschafter Francois-Poncet, teilnahm. Reuter dementierte in diesem Zusammenhang Meldungen, wonach der französische Außenminister erklärt haben soll, er werde sich der Anerkennung Berlins als zwölftes Land in der Bundesrepublik widersetzen. Außenminister Schuman habe lediglich versichert, daß seine Darlegungen wesentlich neue Gesichtspunkte in dieser Frage enthielten und daß die französische Regierung aus diesem Grunde das Berliner Problem noch einmal bergeln und mit den übrigen westeuropäischen Regierungen überprüfen müsse. Zwei Dinge seien aus seiner Unterredung mit dem französischen Außenminister als besonders wichtig hervorzuheben. Schuman habe im Namen der französischen Regierung von sich aus den Wunsch nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geäußert. Weiter habe er als Voraussetzung für jede Verhandlung über das Berliner Problem die Anerkennung einer freien und unabhängigen Verbindung Berlins mit dem Westen und die Aufrechterhaltung einer freien und selbständigen Verwaltung bezeichnet.

Reuter betonte, daß die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland das Kernproblem der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Europa bilde. Es müsse gelingen, diese Verständigung in zäher Arbeit zu erreichen.

Volksrat will Westdeutschland zuvorkommen

„Nationale Widerstandsbewegung“ gegen westliche Besatzungsmächte

BERLIN, 14. Febr. (DENA) Aus Kreisen des sogenannten deutschen Volksrates berichtet das Berliner „Montageheft“, daß in Kürze mit der Ausrufung des „Nationalen Widerstandes“ durch den Volksrat zu rechnen sei. Damit wolle man der Bildung einer deutschen Regierung in Westdeutschland durch ein „Manifest der Einheit“ zuvorkommen. Ruhrestat, Besatzungsstatus und Klärung der Stellung Berlins im Sinne Westdeutschlands sollen nach Mitteilung des „Montageheft“ zum Anlaß genommen werden, eine nationale Widerstandsbewegung gegen die westlichen Besatzungsmächte zu entfachen. Der Volksrat erwartet, daß die Sowjetunion diese Aktion mit entsprechenden außenpolitischen Erklärungen unterstützen werde.

Das Blatt berichtet an anderer Stelle, daß Funktionäre der Zentralverwaltung des Innern seit längerer Zeit mit der Organisation eines dem sowjetischen Vorbild entsprechenden Zwangsarbeitersystems beschäftigt sind. Informierte Kreise sehen dem „Montageheft“ zufolge in Äußerungen führender SED-Politiker anläßlich des letzten Parteikongresses klare Hinweise für den Weg, der eingeschlagen werden soll, um die notwendigen Menschenreserven zur Erfüllung des Zweijahresplanes zu gewinnen. Neben der Dienstverpflichtung mit Hilfe der Arbeitsämter bereite die DWK ein Gesetz zur „Bestrafung von Spekulanten und Schiebern“ vor, das ausdrücklich die Zwangsarbeit als Straform einschließt. Mit diesem Gesetz wolle man auch gegen die „Arbeitsbummel“ und gegen alle jene vorgehen, die „vorsätzlich ihr Soll nicht

Jugoslawien soll angehört werden

Auch der österreichische Außenminister kann seine Argumente vorbringen

LONDON, 14. Febr. Die vier Großmächte kamen am Montag überein, in den Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag Vertreter Jugoslawiens und Osterreichs anzuhören, falls diese Erklärungen abzugeben wünschten. Die vier Außenministerstellvertreter beschlossen, den stellvertretenden jugoslawischen Außenminister Aleski Bebler davon zu unterrichten, daß er auf der Konferenz sprechen könne, wenn er irgendwelche „besonderen Gesichtspunkte vorzubringen“ habe. Dies bedeutet ein teilweises Abweichen von dem ursprünglichen westlichen Standpunkt, daß Bebler nur erscheinen könne, wenn er „neue Ideen“ — besonders im Hinblick auf seine territorialen Ansprüche gegen Osterreich — habe. Die Vertreter der Vereinigten Staaten, Groß-

britanniens, Frankreichs und der Sowjetunion vereinbarten ferner, den österreichischen Außenminister Karl Gruber zu den Verhandlungen einzuladen, falls er Argumente vorzubringen wüsste.

In der Montagsitzung befaßten sich die Delegierten mit dem Anspruch Jugoslawiens auf Zahlung von 100 Millionen Dollar Reparationen aus Osterreich. Die drei Westmächte vertraten den Standpunkt, daß das Potsdamer Abkommen es verbiete, Osterreich zu Reparationszahlungen zu zwingen. Der russische Botschafter George Scubin antwortete, das Potsdamer Abkommen untersage es nur den vier Großmächten, Reparationen von Osterreich zu erheben. Jugoslawiens Ansprüche sollten wohlwollend erwogen werden.

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 33 / Dienstag, 15. Februar 1949

Die Wege Südbadens

OPP. Das Leben geht oftmals kuriose Wege, und es ist nicht so fern gesonnen, daß es nicht doch einmal zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangt. Diese Feststellung dürfte wohl in diesen Tagen der Staatspräsident von Südbaden, Leo Wohleb, gemacht haben, als seine sonntäglichen „Südwald-Ausflüge“ infolge eines postlichen Versagens der Allgemeinbekanntmachung bekannt wurden. Peinlich ist es etwas, sehr peinlich, denn immerhin ist hier der Eindruck entstanden, als würde Wasser auf beiden Schuften getragen.

Wir wissen schon seit sehr langer Zeit, daß südbadische Kreise einem Zusammenschluß Südbadens mit Württemberg stark gegenüberstehen. Trotzdem hatten die meisten gehofft — auch in Baden — daß die Vernunft siegt und man ein Staatsgebilde schaffen würde, das einer Vermittlung zwischen den badischen und württembergischen Landesteilen gleichkäme. Zu solchen Hoffnungen verleiteten uns auch mehrere maßgebliche südbadische Stimmen, die einen derartigen Zusammenschluß immer noch als den besten Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma im südwestlichen Teil Deutschlands beifürworteten. Doch diese Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Im Geheimen beriet der Präsident des Oberlandesgerichts von Freiburg, Dr. Zürcher, im Auftrage von Staatspräsident Wohleb für den 8. und 9. Februar eine Konferenz in Rottweil ein, zu der neben den badischen auch pfälzische und hohenzollerische Politiker eingeladen worden waren. Es war beabsichtigt, auf dieser Tagung eine ganz neue Lösung des südwürttembergischen Länderzusammenschlusses in die Wege zu leiten, die aber eine Kollisionsstellung von Württemberg zur Folge gehabt hätte. Man war sich wohl bewußt, daß Baden unter den obwaltenden Umständen allein nicht lebensfähig ist, aber dafür wollte man dann Gebietsanteile, die der badischen Mantelstaat näher liegen, einem andersgearteten Südwürttemberg einverleiben. Pfälzische und hohenzollerische Gebiete würden — nach Meinung südbadischer Kreise — das „Südbadische Gebilde“ wesentlich verstärken und die Gewähr für eine Wiedergesundung dieses Landesteiles gegeben haben. Dabei wäre jedoch noch abzuwarten gewesen, wie sich die eingeladenen Gäste gegenüber einer solchen geplanten Regelung verhalten hätten, wenn — ja wenn man diese Konferenz hätte durchführen können.

Die Einladung an den stellvertretenden Landespräsidenten von Hohenzollern, Müller, ging irrtümlich an den Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller. Wir wissen nicht, welche Gedanken denselben beim Lesen des Briefes bewegten, es ist aber anzunehmen, daß er sehr wahrscheinlich zunächst aus dem Staunen nicht herauskam. Durch diesen unvorhergesehenen Zwischenfall konnte Staatspräsident Wohleb wohl nichts Besseres tun, als die von ihm geplante Tagung abzusagen.

In allen diplomatischen Kreisen hat man sich bisher bemüht, jeden vox populi zu vermeiden. Aber der südbadische Landesrat konnte sich keinen größeren Fehler leisten, denn ein Verständnis für Badens Belange seitens anderer südwürttembergischer Regierungsmitglieder dürfte er auf Grund der jetzigen Lage kaum noch zu erwarten haben. Es ist durchaus möglich, daß infolge seiner Handlungsweise die bisher leider noch ungeklärte Situation im südwürttembergischen Raum noch mehr zur Unklarheit verurteilt wurde, und daß es ungeheuer schwierig sein wird, hier wieder eine klare Verhandlungsbasis zu schaffen. Wir wollen uns den badischen Interessen nicht hemmend in den Weg stellen, sondern versuchen, das Beste für dieses Land herauszuholen. Der Schritt des Staatspräsidenten Wohleb war jedoch unseres Erachtens nicht dazu angetan, seine Sache zu fördern.

Hinter den Kulissen im Haag

Strömungen der niederländischen Politik im Indonesien-Fall

DEN HAAG, 14. Febr. (SAZ). Die Indonesien-Debatte in der niederländischen Zweiten Kammer wurde unerwartet auf den 15. Februar verschoben — dieser Termin aber ist der letzte für die Entscheidung über eine interimistische Regierung für Indonesien, wie sie in einer Resolution des Sicherheitsrates vom 29. Januar gefordert worden war. Wieder einmal sprechen Meldungen aus dem Haag in diesem Zusammenhang von starken Meinungsverschiedenheiten in der holländischen Regierung, ja sogar von einer bevorstehenden Kabinettkrise ist die Rede. Es ist daher interessant, einmal die entgegenlaufenden Strömungen der niederländischen Politik im Indonesien-Fall aufzuzeigen.

Eine gewisse Spannung in dieser Frage bestand stets zwischen Katholiken und Sozialisten, die vor der Regierungsbildung im vergangenen Sommer die Regierungsparteien waren. Sie verschärfte sich von seiten der Sozialisten, als die beiden früheren Oppositionsparteien CHU und VVD gegen den Wunsch der Partei der Arbeit in die neue Regierung eintraten und die eine den Kriegsminister, die andere den Außenminister stellte. Kurz vor der zweiten militärischen Aktion am 20. Dezember 1948 war es dann, wie man jetzt in politischen Gesprächen hören kann, soweit, daß das Kabinett mehrmals auflösen drohte. Das „Ja“ des sozialistischen Ministerpräsidenten Drees zum bewaffneten Vorgehen entsprach sicher nicht seiner Überzeugung, doch blieben alle Versuche der Sozialisten, die Aktion noch hinauszuschieben, gegenüber dem starken Druck der rechten Seite, insbesondere des katholischen Ministers für die überseeischen Gebiete, vergeblich. Die Folge für die Partei der Arbeit war eine recht heftige Reaktion einer, wenn auch in der Minderheit sich be-

findenden, so doch sehr rührigen Gruppe innerhalb der Partei. Auf der anderen Seite war die Trennung der Weiter-Gruppe von der Katholischen Volkspartei ein Schlag für die Katholiken und ein Zeichen, daß auch hier Kräfte wirken, die der „Polizeiaktion“ durchaus nicht positiv gegenüberstehen. Das Festhalten der militärischen Operationen durch die Einschaltung der USA und des Sicherheitsrates war für die Sozialisten Anlaß, das während der Aktion gewährte Schweigen aufzugeben. Während dem amerikanischen Eingreifen auf der rechten Seite der holländischen Parteien mit dem juristischen Einwand der fehlenden Kompetenz begegnet wird, ist auf der linken Seite die Tendenz einer den USA entgegenkommenden Haltung spürbar. Wägt man die Argumente sorgfältig so gewinnt man den Eindruck, daß der Kernpunkt der Stellung der Sozialisten zum Indonesienproblem das Mißtrauen vor dem Entstehen einer Art kolonialer Restauration ist.

Politische Beobachter in Holland versichern, daß die Haltung der USA und anderer Staaten gegenüber den Niederlanden im holländischen Volk eine Kampfstimmung, wenn auch ohne militärischen Akzent, erzeugt habe. Dieser Stimmung hat die niederländische Regierung in gewisser Weise durch die scharfen Wendungen gegen den amerikanischen Standpunkt Rechnung getragen, die Außenminister Sikker vernahm, als er die Frage stellte, ob Holland zulassen solle, daß den indonesischen Völkern anstatt wertvoller Institutionen nur deren leere Schalen besichert werden. Auch die Vereinten Staaten von Amerika hätten die Demokratie nur unter Inanspruchnahme englischer Vorbilder verwirklichen können. Während man Holland vorwerfe, die demokratische

Entwicklung in Indonesien zu verzögern, verkenne man vollständig, daß zur Zeit in ganz Asien noch kein einziges Land über die allerersten Ansätze einer demokratischen Verfassung hinausgekommen sei. In diesem Zusammenhang weist man in Holland gerne darauf hin, daß sechs Stunden nach der Einnahme des Flugplatzes von Djogjakarta durch die holländischen Truppen eine amerikanische Maschine gelandet sei, deren Besatzung sich auf republikanischem Gebiet wählte und, wie man sagt, aus einer amerikanischen Handelsdelegation bestand, die Besprechungen mit der Republik aufnehmen wollte.

In offiziellen Kreisen den Haag wurde schon angedeutet, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn die Resolution des Sicherheitsrates am 15. Februar verworfen würde, selbst auf die Gefahr hin, daß die Marshallplan-Hilfe auch für die Niederlande gesperrt und andere Sanktionen ergriffen würden. Entscheidend dürfte jedoch sein, welche Richtung die holländischen Sozialisten diesmal einschlagen wollen. Hervon wird es auch abhängen, ob die Unstimmigkeiten hinter den Kulissen im Haag sich zu einer ernsten Kabinettkrise entwickeln werden.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN:

München. Vor der Berufungskammer München begann die Revisionsverhandlung gegen den ehemaligen Führer des „Deutsch-Amerikanischen Bundes“, Fritz Kohr, der in erster Instanz als Hauptschuldiger für 10 Jahre in ein Arbeitslager verwiesen worden war. — Nürnberg. Zwei tschechische Piloten, die wegen der „untragbaren Verhältnisse in Prag“ geflohen waren, landeten in der Nähe von Regensburg. / Am Dienstagfrüh werden in einer der wichtigsten Abteilungen der M.A.N. etwa 350 Belegschaftsmitglieder die Arbeit niedersetzen. — Bremerhaven. Dänische Pioniere sprengen ohne vorherige Warnung einen Schutzbunker. Dabei wurden mehrere Passanten leicht verletzt. — Kiel. Die britische Militärregierung genehmigte das vom schleswig-holsteinischen Landtag angenommene Bodenreform-Gesetz.

VIERTONNENSTADT BERLIN:

Berlin. Am 1. April sollen Teile der SMV Karlshorst nach Mühlentberg verlegt werden.

SOWJETZONEN:

Welsch. Der Verlagsdirektor der größten Sowjetzeitschrift „Thüringer Volk“, Hockerth, soll sämtlicher Ämter entoben werden sein.

(Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten: DENA)

Reiseland Deutschland — eine Devisenquelle

Die Freigabe Mergentheims ist dringend erforderlich

STUTTGART, 14. Febr. (SAZ). Neben dem reinen Warenexport, der in den letzten Monaten bedeutend gesteigert werden konnte, kommt dem Export von Dienstleistungen eine nicht unbedeutende Rolle zu. Der Reiseverkehr ist dazu berufen, eine in vielen Hinsichten wichtige Aufgabe zu übernehmen, obwohl es bei dem starken internationalen Wettbewerb nicht leicht sein wird, Deutschland seine alte Bedeutung und Anziehungskraft als Reise- und Bilderland zurückzugewinnen und den Strom zahlungskräftiger Ausländer hereinzulassen.

Zweifelloser werden die amerikanischen Reisenden in Zukunft zu den wichtigsten Gästen gezählt werden, nachdem eine Reihe von Staaten, darunter auch das ehemals so bedeutende England, infolge Devisenmangels den Ausländerverkehr stark eingeschränkt haben. Die in Amerika große Nachfrage nach Auslandsreisen, die Zunahme von bezahlten Urlauben, die schnellere Reisemöglichkeiten und vor allem die durch den Kriegsdienst von Millionen Amerikanern entstandenen Verbindungen zu Europa, sowie verwandtschaftliche Beziehungen werden diesen amerikanischen Fremdenstrom wesentlich begünstigen.

Den stärksten Auftrieb aber soll der ausländische Reiseverkehr durch den Marshall-Plan bekommen, der für den Touristenverkehr im Laufe der nächsten 10 Jahre 14 Milliarden Dollar vorsieht. Diese Zahl zeigt deutlich, welche wichtige Rolle der Reiseverkehr für die europäische Gesamtwirtschaft zu spielen berufen ist. Bereits im kommenden Frühjahr rechnet man mit einem starken Fremdenstrom nach Europa, der auch durch die Kurorte und Bilder Westdeutschlands fließen wird. Nachdem schon im Laufe des vergangenen Jahres in der US-Zone in mehreren größeren Städten Ausländer-Hotels eingerichtet wurden, die in erster Linie den Zweck hatten, ausländischen Geschäftsreisenden angenehme Unterkunft und Verpflegung zu gewährleisten, sind nunmehr in den einzelnen Ländern einige weitere Hotels errichtet worden, Ausländer gegen Devisen-Bezahlung aufzunehmen. Mit diesen Hotels hofft man auch dem stärker werdenden Reiseverkehr Rechnung

tragen zu können. Zu den beiden bis jetzt schon in Württemberg-Baden bestehenden Ausländer-Hotels sind nun weitere 14 hinzugekommen, bei deren Verteilung vor allem auf die wichtigsten Zentren der Exportindustrie und den verfügbaren Beherbergungsraum Rücksicht genommen wurde. Das Wirtschaftsministerium hofft, daß demnächst auch beschlagnahmte Hotels in Mannheim und Heidelberg von der Besatzungsmacht freigegeben werden.

Allgemein wird bedauert, daß es bisher noch nicht gelungen ist, in Bad Mergentheim, das mit seinen in Westeuropa einmalig zu nennenden Hallenquellen besonders geeignet wäre, ausländische Besucher als Hellungssuchende anzuziehen, den erforderlichen Beherbergungsraum von der Besatzungsmacht frei zu bekommen. Gerade dieser Kurort wäre wie kein zweiter in Württemberg-Baden geeignet, der deutschen Wirtschaft erhebliche Devisen-Einnahmen zuzuführen.

In den wenigen Monaten ihres Bestehens haben die Ausländer-Hotels ansehnliche Devisenbeträge für die deutsche Wirtschaft erbracht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur ein geringer Prozentsatz der Devisen-Einnahmen für die zur Verpflegung der ausländischen Gäste notwendigen Lebensmittelimporte aufgewendet werden mußte. Im Gegensatz zu früheren Regelungen sind die Ausländer-Hotels nunmehr auch berechtigt, deutschen Gästen Unterkunft und Verpflegung im Rahmen der für Inländer geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen zu gewähren.

Liess-Nummer US-WB 118. Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter. Stellvertretender Chefredakteur: Heinz A. Dechant. Redaktionsschreiber: Max Gelsenbeyer, Helmut Haag, Wilh. Hagenmeyer, Rudolf Jahn, Hans Mohr, Dr. W. Oberkamp, Otto P. Passler, Hildegard Pflitz, Adolf Kahrhirsch, Josef Wenzel. — Mit vielen Verlagsnamen ausgezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet. Das Zitierenrecht bleibt unberührt. Für unverlangt angeordnete Manuskripte keine Gewähr. — Verlag Süddeutsche Allgemeine, Zeitungsverlag G&H, Verlagsleiter: Dipl.-Ing. Herbert Lehmann.

Nationalismus nicht sehr gefragt

Rundfunkhörer nehmen zu einem aktuellen Problem Stellung

STUTTGART (DENA). „Sind wir Deutschen Nationalisten?“ Unter diesem Motto hatte der Kommentator von Radio Stuttgart, Heinz Frenzel, zu den in der letzten Zeit in der Auslands- und heimischen Presse aufgetauchten Gerüchten über einen angeblich wiedererwachenden deutschen Nationalismus Stellung genommen und gleichzeitig seine Hörer um Zuschriften gebeten, ob sie einer deutschen nationalistischen Bewegung ihre Stimme geben oder Deutschland lieber als gleichberechtigten Partner einer aufrichtigen und gemeinnützigen westeuropäischen Union sehen würden. Auf diese Umfrage hin gingen bei Radio Stuttgart Zuschriften aus allen Kreisen der Bevölkerung ein. Sie trugen die Unterschriften von Arbeitern, von Hausfrauen, von Universitätsprofessoren. Die überwältigende Mehrzahl befürwortete die Aufnahme Deutschlands in eine westeuropäische Union. Aus den wenigen anderen Stimmen kann man entnehmen, daß zumindest teilweise Verblöschung, Entfremdung und Hoffnungslosigkeit der in der Zuschrift zum Ausdruck gebrachten Meinung zugrunde liegen.

Die große Zahl der Zuschriften zeigt überdies, welche überaus reges Interesse bei der Bevölkerung für dieses aktuelle Problem besteht. Gleichzeitig kann man darin einen Gegenbeweis für jene Behauptungen sehen, wonach die deutsche Bevölkerung über die Alltagsfragen hinaus nur geringen Anteil an politischen Geschehen nehme. Greifen wir einige dieser Zuschriften heraus: Ein Arzt aus Villingen schreibt, in seinem ganzen Bekanntheitskreis wüßte er keinen, der nicht überzeugt sei, daß nur ein ge-

eintes Westeuropa gedeihen und den Frieden bringen kann — geist jedoch in Gleichberechtigung aller Nationen einschließlich der Deutschen. Ein Universitätsprofessor aus Heidelberg meint, in der gegenwärtigen Zeit wende könnte nur noch völlig rückständige und unbeherrschte Menschen Nationalisten sein. Eine Hausfrau aus Tiefenbach bei Bruchsal schreibt: „Nehmt uns in einen vereinten Europa mit gutem Willen als die mit gutem Willen Kommenden gleichberechtigt auf, und wir werden keine deutschen Nationalisten, sondern Europäer sein.“

Ein Obermelker aus Stuttgart-Hohenheim erklärt, obwohl er als Arbeiter nicht mit allen Maßnahmen der Besatzungsmächte einverstanden sei, würde er sich im Falle einer Wahl für einen deutschen Staat aussprechen, der gleichberechtigt in ein vereintes Europa eingegliedert werde. Unten des Zuschriften befindet sich auch die eines ehemaligen Generals. Dieser betont, es stehe auch für ihn fest, daß alle deutschen nationalistischen Bestrebungen unbedingt abzulehnen seien.

Eine der wenigen Gegenstimmen kommt von einem Hörer aus dem Saargebiet, der für eine deutsch-nationale Richtung stimmen zu müssen glaubt. Er begründet diese Ansicht mit der nach seiner Meinung falschen Politik der Alliierten gegenüber Deutschland, räumt jedoch ein, daß er sich für eine europäische Föderation entscheiden könnte, falls es tatsächlich eine Möglichkeit gäbe, allen Teilnehmern dieser Föderation die Gleichberechtigung zu sichern.

WAS IST MIT Bratt?

ROMAN VON BERT GEORGE

38. Fortsetzung.

Es wurde mir immer klarer, daß ich an eine Person geraten war, die mir den hartnäckigsten Widerstand leisten und alles in Abrede stellen würde. Sie zu bewegen, mir ein Zugeständnis zu machen, schien aussichtslos. Einen Druck auf sie auszuüben, wäre nur möglich gewesen, wenn ich die Trümpfe, die ich in der Hand hatte, ausspielen wollte. Aber das durfte ich noch nicht. Sie sollte von mir überrascht werden. Dazu war der Zeitpunkt noch nicht da. So zwang ich mich zur Ruhe und versuchte weiter, sie vorsichtig auszuholen. Nach diesem Zusammenbruch hatte ich allerdings wenig Hoffnung, sie zum Sprechen zu bringen. Aber, — wie immer im Leben, — es kam anders, als ich dachte...

Als ich sie endlich still sitzen sah, fragte ich sie:

„Sie waren verheiratet, Frau Pohl?“

„Ja“, sagte sie, vor sich hinstarrend, „leider lebt mein Mann nicht mehr. Er hätte es nicht geduldet, daß man mich fortgesetzt schikaniert und beleidigt, wie es die Herren Bratt und Rottmann taten. Ich war mal eine reiche Frau. Mein Mann war ein amerikanischer Gelehrter, ein Forscher, wir konnten

von unserem Geld leben und hatten niemand nötig. Die größten Reisen habe ich mit ihm gemacht — da sehen Sie —“

Sie stand auf, ging zur Türe, die ins Nebenzimmer führte, schob einen Kellner beiseite und machte Licht.

„Da sehen Sie, das alles sind Erinnerungen an meinen verstorbenen Mann, an unsere gemeinsamen Reisen und Wanderungen. Ja, sehen Sie sich nur um, das hätten Sie bei einer einfachen Soufflése nicht vermutet.“

In dem kleinen Zimmer erblickte ich eine hübsche Sammlung aller möglichen Reisetrophäen. Herrliche Felle hingen an den Wänden, ein richtiger Löwenkopf war da, Holzmasken, Fetische von Negern, reiche Kostüme, bunte Stoffe und Teppiche — ein wahres Völkermuseum. In einer Ecke aufgestapelt die Gewehre des Verstorbenen, der ein großer Jäger gewesen sein mußte. Einige kostbare englische Flinten, Revolver und Waidmesser.

„Ja, machen Sie nur erstaunte Augen, Herr, das alles hat mein Mann auf seinen Reisen gesammelt. Ich bin hier in meinen vier Wänden, Herr, und lasse mir von nie-

mand Vorschriften machen, auch von Ihnen nicht!“ geiferte sie wie von Sinnen.

„Schweigen Sie! Danken Sie Gott, daß ich Sie nicht noch nachts verhaftete und abführen lasse, das ist ja eine unerhörte —“

In diesem Augenblick sah ich nämlich hinter der Alten eine Wanddekoration, die mir das Herz fast stille stehen ließ:

Auf einer Tafel aus Holz, in altmodischer Weise aufgemacht, waren Pfeile von Eingeborenen befestigt. Es waren indische Pfeile aus vergangener Zeit. Ich fuhr fort:

„— — — Eine unerhörte Rücksichtslosigkeit gegen mich, bedenken Sie doch,“ daß ich eine schwere Aufgabe zu erfüllen habe, daß ich im Dienste bin, und daß wir uns doch auch in Ruhe verständigen können.“

Mit diesen Worten war ich zu den Waffen getreten und hatte ein Bündel Pfeile aus dem Koffer gezogen. Sofort sah ich zwei Dinge: Erstens fehlten an mehreren Pfeilschäften die Spitzen, zweitens — die Pfeilspitzen waren dieselben wie jene, die ich bei dem Garderobier Stefanek gefunden hatte.

„Lassen Sie die Finger von diesen Sachen“, zerrte sie, „rühren Sie nichts an! Sie sind hier in einer fremden Wohnung!“

Ich hatte genug gesehen. Das erfolgreichste Verhör, ja, ein unumwundenes Geständnis hätte mir nicht mehr enthüllen können. „Sie werden morgen von mir hö-

ren. Ich gehe jetzt, öffnen Sie mir die Haustüre.“

„Ja, gehen Sie nur endlich“, keifte sie weiter, „ich bin froh, wenn ich diese Schnüffel los bin.“

Bereits um acht Uhr früh schellte ich bei unserem Gerichtsarzt Dr. Schneider.

„Hallo, Doktor, machen Sie sich bitte, fertig, wir müssen gleich fort. Was arbeiten Sie da?“

„Es sind Untersuchungsergebnisse über die vergiftete Pfeilspitze, die Sie mir gestern gegeben haben.“

„Und — —?“

„Dasselbe Gift wie bei Bratt. Stammt aus der gleichen Quelle. Altes Curare, indianisches Pfeilgift.“

„Also es handelt sich um ein ausgesprochenes Herzgift?“

„Ja, sowohl bei Bratt wie bei Rottmann.“

„Nun das Wichtigste: Ist das Gift durch den Magen oder durch eine Verwundung in die Blutbahn gelangt?“

„Bei Bratt haben wir Magen und Darm untersucht, ohne darin Giftspuren zu finden.“

„Dann also mußte das Gift, nach dem, was Sie soeben sagten, durch eine Wunde in den Körper gelangt sein?“

„Unbedingt.“

„War Bratt verwundet?“

„Nein. Sonst hätte ich es Ihnen unverzüglich mitgeteilt.“

„Können wir jetzt gleich Rottmanns Leiche besichtigen?“

„Ich bin sofort bereit.“

Zehn Minuten später hielten wir vor der Anatomie. Der Arzt führte

mich durch hellerartige Korridore und durch mehrere leere Säle in einen großen Raum. In der Mitte, in Tischhöhe, auf einer blanken Marmorplatte, lag der leblose Körper Rottmanns.

„Ein komplizierter Fall, Heber Kriminalrat, ich wünsche Ihnen von Herzen, daß Sie recht behalten. Sie wollten den Leichnam besichtigen? Zu welchem Zweck?“

„Nun Doktor“, sagte ich, „untersuchen Sie mit diesem Vergrößerungsglas die ganze Hautoberfläche des Toten. Sagen Sie mir, ob irgendwo eine noch so geringfügige, kaum sichtbare Verletzung der Haut festzustellen ist.“ Ich reichte ihm das Glas.

„Nicht mehr nötig.“ sagte der Arzt und hielt das Glas über ein rotes Pünktchen, das auf der Mitte der Schädeldrüse sichtbar war, „hier sehen Sie mal. Ich mache Ihnen mein Kompliment. Ihre Vermutung hat Sie nicht getäuscht. Sehen Sie diese kleine, unscheinbare Rötung?“

Er reichte mir das Glas. Die Verletzung war nicht größer als etwa der Einstich einer starken Nadel. Sie lag auf der höchsten Stelle der Schädeldrüse.

Ich richtete mich empor und sah fragend auf den Arzt.

„Ja, ja“, sagte er leise, „das ist eine winzige Stichwunde.“

„Mitte auf der Wölbung des Schädels? Seltsam“, sagte ich. „Könnte dieser Stich durch die Pfeilspitze verursacht worden sein, die ich Ihnen gegeben habe? Oder durch eine ähnliche?“ (Fortsetzung folgt.)

Karlsruher Miniaturen

Freibad auf der Straße
Da stand auf der an der Park-
anlage vorüberführenden Straße
der fleißige Wagenwäscher und
reinjigte seinen Kraftwagen mit kräfti-
gem Strahl aus dem Wasserschlauch.

Ingea Sorge

Auf schwindelnder Höhe des 38
Meter hohen Schiffsastes zeigte
Wilma Traber ihre atemberaubenden
artistischen Vorführungen. Dicht gedrängt
stand die staunende Zuschauermenge.

Der gute Kamerad

Die drei Knirpse — Jahrgang 42 —
mit Schulranzen, an denen das
Futterhäfchen baumelt, sind auf dem
Heimweg und erörtern das Thema
Hameradschaft. Sie sind sich einig,

Kündigungen

beim Badischen Staatstheater
Auf Grund § 27 des Währungs-
Umstellungsgesetzes hat der Verwal-
tungsrat gestern sämtlichen Mit-
gliedern des Badischen Staatstheaters
mit monatlichen Bezügen unter 800
DM auf 31. März 1949 fürsorglich
gekündigt.

Die Beschaffung von Konfirmanden-

anzügen
Für die bevorstehenden Konfirmations-
feiern ist, wie der evang. Presby-
terienrat, nach einer Mit-
teilung des Landeswirtschaftsamts in
Karlsruhe an den Evang. Oberkirchen-
rat die Ausgabe eines generellen
Bezugsrechts an Konfirmanden bis
jetzt nicht vorgesehen.

Westdeutsche Erstaufführung im Württembergischen Staatstheater:

SCHMUTZIGE HÄNDE / Schauspiel in sieben Bildern

Das Stück spielt, so heißt es auf dem
Theaterzettel, im Jahre 1943 in einem Süd-
oststaat. Da es 1949 auf die Bühne ge-
kommen ist, läßt es eine dichterisch-pro-
phetische Voraussage von seltener Tiefen-
schärfe erkennen. Der Schauplatz ist nur
ein zufälliger. Der eigentliche Schauplatz
das tödliche Zweikampfes zwischen Dik-
tator und individueller Freiheit ist das
Schicksal des europäischen Gewissens,
auf dem die Fronten gegeneinander wo-
gen. Träger dieses Gewissens ist, ohne
daß er sich dessen zunächst bewußt wird,
der 21jährige Hugo, Sohn reicher Eltern,
Akademiker. Er hat das Steuer seines Le-
bens mit jugendlichem Ruck herumgewor-
fen, ist unmittelbar aus einem glitzernden
Salon in das spartanische Zimmer
eines kommunistischen Büro hinüberge-
wechselt. Die Partei, voller Vorbehalte
gegen das entlassene Bürgersöhnchen,
mißtraut ihm, wittert Verrat. Er aber will
in jugendlichem Feuer seine Zuverlässig-
keit beweisen. Olga, die Parteisekretärin,
mag ihn und verhilft zu einem Auftrag.
Ihm wird befohlen, den großen Partei-
führer Hoederer zu erschießen. Der will
mit den Bürgerlichen, ja mit einem Prin-
zen, ein Abkommen zum Wohle des Gan-
zen treffen. (Obgleich sich das Land des
Achenmächten angeschlossen hat, will
man Gewehr bei Fuß stehen, um bei dem
anzukommenden Ruten eine gute Stimmung
zu erwirken.) Dieser Kompromiß bedeutet
in den Augen der Partei Hochverrat. Hugo
wird Hoederer als Parteisekretär zuge-
schoben und soll ihn umlegen, bevor jene
Unterredung vonstatten geht. Diese Auf-
gabe verfolgt den ewig Zögernden durch
fünf Bilder, bis die Schüsse fallen.

Das Schauspiel, durchdringt in jeder
Szene, in seinem Bau ein dramatisches
Kunstwerk, ungeschossen von einer Rah-
menhandlung, schildert die Tat, obwohl

Nicht nur Kriegsehen sind gefährdet

Ein Jahr Eheberatungstelle der überparteilichen Frauengruppe

Es ist längst kein Geheimnis mehr,
daß die Ehe, die schon seit Beginn
der christlichen Zeitrechnung eine
der wichtigsten Säulen im Leben
eines jeden Kulturvolkes bildet, vor
allem in ihrem inneren ethischen
Wert durch die Wirren der Kriegs- und
Nachkriegsjahre sehr stark ins Wan-
ken geraten ist. Umso erfreulicher
ist es zu hören, daß man allenthal-
ben seit geraumer Zeit die in einer
solchen Entwicklung schlummernden
Gefahren erkannt hat und sich mit
den verschiedensten Mitteln bemüht,
ihnen im Rahmen des Möglichen zu
beugen.

In Karlsruhe arbeitet auf diesem
Gebiet seit über einem Jahr — von
einer Juristin der in besonderen
Fällen eine Ärztin zur Seite steht,
ehrenamtlich geleitet — die Ehe-
beratungsstelle der überparteilichen
Frauengruppe. In dieser
Zeit haben sich bereits nahezu 200
Rat- und Hilfesuchende, und zwar
Männer und Frauen in annähernd
gleicher Zahl, an diese Beratungs-
stelle gewandt. Ohne Nennung ihres
Namens hatten sie Gelegenheit, ihr
Herz zu erleichtern und in ausführ-
licher Erörterung nach der Lösung
vorhandener Schwierigkeiten zu
suchen. Dabei wurden nicht nur Ehe-
konflikte, sondern auch Wohnungs-
schwierigkeiten oder Fragen der
Unterhaltszahlung für Frau und
Kinder nach bereits vollzogener
Scheidung besprochen und mancher-
lei Rechtsirrtümer richtiggestellt.

Die im Laufe der Zeit gemachten
Erfahrungen zeigen, daß keineswegs
nur junge überreizt geschlossene
Kriegsehen einer Gefährdung aus-
gesetzt sind. Vielmehr kamen häu-
figer zur Beratung, in denen die
Ehen schon seit 20, 30, und 35 Jah-
ren bestanden. Möglicherweise ergab
sich dieses Bild auch aus dem Um-
stand, daß in älteren Ehen häufiger
der Weg nach einer gütlichen Ein-

gung gesucht wird, während sich die
jüngeren Ehepartner schneller dem
Radikalmittel der Scheidung zuwen-
den. Diesen Weg der gütlichen Ein-
igung aufzuzeigen, ist ja einzig und
allein die Aufgabe der Ehebera-
tungsstelle, die sich weder mit Ehe-
vermittlung, noch mit Dingen aus
dem Tätigkeitsbereich eines Rechts-
anwalts beschäftigt.

Anlaß zu Spannungen in den länger
bestehenden Ehen mag manch-
mal die während der kriegsbeding-
ten Abwesenheit des Mannes ge-
wonnene und nun nicht leicht wie-
der aufzugebende Selbständigkeit
der Frau oder auch die Tatsache
sein, daß dem Mann nach seiner
Heimkehr die Frau zu alt erschien,
und er sich einer jüngeren zuwandte.
Vielfach verstehen es in ihren Haus-
halt allzu sehr vertiefte Frauen
nicht, auf die Interessen des Mannes

einzugehen, so daß der Mann aus
Langeweile seine Häuslichkeit mei-
det. Schwerer als in kinderlosen
Ehen ist der Entschluß, ob eine
Scheidung erfolgen soll natürlich in
all den Fällen, in denen Kinder da
sind. Hier kann nur aus stärkstem
Verantwortungsgefühl heraus und
nach genauer Prüfung aller Gründe
und Gegengründe der richtige Weg
gefunden werden.

Wie wiederholte Besuche in einer
ganzen Reihe von Einzelfällen be-
weisen, hat sich die Eheberatung-
sstelle der überparteilichen Frauen-
gruppe das Vertrauen der Bevölke-
rung in hohem Maße erworben. Sie
wird bestrebt sein, dieses Vertrauen
jederzeit zu rechtfertigen. Die
Sprechstunden finden auch weiter-
hin jeweils Mittwochs von 17—19
Uhr im Städt. Kinderhort, Sofien-
straße 43, statt.

„Die Einheit ist tiefer als die Spaltung“

Der französische Feldbischof Sturm sprach in der Christuskirche

Mit dem französischen Feldbischof
Sturm sprach am Sonntagabend in
der Karlsruher Christuskirche eine
Persönlichkeit, die, wie der Leiter
der Evang. Arbeitsgemeinschaft,
Pfarrer Schmidt, in seinen Begrü-
ßungsworten betonte, im ökumeni-
schen Geschehen und im Verhältnis
der evangelischen Kirchen in Frank-
reich und Deutschland Entscheidendes
zu sagen hat. Feldbischof Sturm
ließ vor seinen Zuhörern Amster-
dam als Erfüllung, als Verheißung
und als Aufgabe ersehen und gab
gleichzeitig ein anschauliches Bild
der Persönlichkeiten und der Arbeit
der Weltkirchenkonferenz, die
er den gewaltigsten Märktein der
Kirchengeschichte der letzten Jahr-
hunderte nannte. Als bleibendes
Ergebnis von Amsterdam bezeichnete
der Redner die endgültige Konstitu-
lierung des Ökumenischen Rats der
Kirchen und die Erkenntnis der
dort vertretenen Kirchen, daß die
Einheit tiefer ist als die Spaltung.
Das allein schon sei eine revolutionä-
re Tat, daß sich in einer Zeit der
jammervollen Trennung der Völker

in Amsterdam der Wille zur Ge-
meinschaft durchgesetzt hat.

Feldbischof Sturm sprach schlicht
und ohne Pathos. Aber man spürte
den überzeugten Vertreter des öku-
menischen Gedankens und des Ge-
dankens der Völkerverständigung,
wobei für ihn als Franzosen und
Vertreter der evangelischen Kirche
Frankreichs die Verständigung zwi-
schen dem deutschen und französi-
schen Volk als das nächstliegende
Ziel gilt.

Friso Meizer, der Herausgeber der

Zeitschrift „Neubau“, spricht am
Mittwoch, den 16. 2., 20 Uhr, in der
Karlsruher Christuskirche über das
Thema „Antroposophie oder Nach-
folge Christi“.

IM STAATSTHEATER...

findet heute im großen Haus um 19.30 Uhr
eine geschlossene Vorstellung von
Mozarts „Zauberflöte“ für den Kulturbund
(1. Reihe) statt.

Weiterhin leichte Nachfröste

Vorhersage des Amtes für Wetter-
dienst Karlsruhe, gültig bis Mittwoch-
früh: In der Rheinebene noch stellen-
weise neblig, sonst überwiegend wol-
kig. Tageserwärmung außerhalb der
Nebelgebiete auf etwa 5 Grad Wärme.
Tiefsttemperaturen in der Nacht zum
Mittwoch minus 1 bis minus 4 Grad.
Schwache Luftbewegung.

Rheinwasserstände vom 14. Febr. 1949

Konstanz 247 (unv.); Breisach 81 (+1);
Kehl 128 (-6); Mannheim 315 (-3); Mann-
heim 183 (-3); Caub 118 (+3).

Freiheit der Entscheidung. Mag dem sein,

wie es wolle, es ist eine außerordentlich
starke Szene. Hier der von den Grausam-
keiten und Ungerechtigkeiten seiner
Epochen, von den Qualen des Krieges zer-
rührte, von gegenständlichen Empfindun-
gen hin- und hergeworfene junge Mensch
von heute und ihm gegenüber der ro-
buste, gesunde, bredschultige Gegner
von heute und morgen, an keine Ueber-
lieferung, keine Familie gebunden. Zu
Hause nur in seinem Amtszimmer, in
Parteiveranstaltungen, umdröhnt von den
eigenen Anhängern wie von Polizeihun-
den. Und dieser Mann will den seelisch
Heimatlosen in einem seelisch-logischen
Staatskunde-Unterricht eine letzte Zuflucht
in seinem Anschauungsbereich geben. Er
scheint bereits gesiegt zu haben — aber
im nächsten Bild erschließt ihn Hugo doch,
Augen in Aug, als er seine junge Frau
an Hoederers Brust findet, erschließt ihn
nicht aus Eifersucht, sondern weil er
glaubt, der Parteiführer sei ihm nur um
seiner hübschen Frau willen geneigt.
Eifersucht der Freundschaft also. Hoederer
jedoch ist unachtnig, denn die Frau hat
sich ihm an. Er ruft sterbend der Weibe
zu, die Tat sei aus Eifersucht geschehen,
habe also keine politische Motive. So
kommt Hugo zur ins Gefängnis, statt von
zweibeinigen Polizeikörpern zerfleischt zu
werden.

Als er dann aber, nach Jahren, erfährt,
daß, während er im Gefängnis saß, die
Partei den gleichen Kompromißweg wie
Hoederer gegangen ist, er ihn also um-
sonst getötet hat, entschließt sich seine
westliche Seele in einer Szene von weni-
gen Minuten, in einer stillen, grandiosen
Schlußszene, zur letzten großen Freiheit.
Er will nicht mehr in die Partei, nicht
mehr in „schmutzige Hände“ zurück. Er
geht den Maschinengewehrpatronen seiner
Genossen entgegen, die drängen auf ihn
warten.

Der Sinn des Schauspiels

Er ist in dieser letzten Szene enthalten.
Ein innerlich sauberer Mensch, sich selbst
im Sinne Sartres verantwortlich, ent-
schließt sich, nur der Stimme des Gewis-
sens zu folgen, die ihn zur Sühne und
damit zur Reinheit zwingt.

Ist hier aber nicht, verehrter Herr
Sartre, die Stimme Gottes zu spü-
ren, dessen Existenz sie leugnen, wenn
auch mit der verzweifeltsten Geste eines
großen Menschen? Ist Gewissen nicht der
letzte, nie schweigende Widerhall der
unhörbaren göttlichen Stimme, gegen die
ein großer Teil der Menschheit sich ent-
schied und so das große Uebel über die
Welt gebracht hat? Beim Anruf gerade
dieser Stimme hat sich ihr Hugo frei
entschlössen.

Eine rauhe, wortkarge Sprache treibt die
Bilder voran. Blauflut weht von der Bühne
herab. Das Gefühl scheint wie eingehoren.
Nur mühsam erhebt es sich an einigen
Stellen aus der harten Kruste materieller
Sachlichkeit. Die Notwendigkeit des politi-
schen Mordhandels wird mit einer
Gleichgültigkeit im Ton abgehandelt, als
rede man von einem Gepäckstück, das
befördert werden soll. Und Hugo, der
junge Parteigenosse, ist mit der Beför-
derung des „Gepäckstückes Hoederer“ ins
Jenseits beauftragt worden. Symbolhaft
ist die Handlung. Der frei gewählte Tod
Hugos ist nur ein Gleichnis. Die Freiheit
der Entscheidung steht jedem offen. Aber
er muß nur wissen, zu was er sich ent-
schließt.

Hans Caninenberg als Hugo gab
der Aufführung, für die der tüchtige
Helmut Henrichs verantwortlich
zeichnete, schauspielerischen Glanz. Er
sprach wie mit sich selbst, in zaghaften,
zögernden, verwirrenden Tönen. Ein in sich
Verankerner, der seine Umwelt gar nicht
deutlich sieht, ja, nie deutlich gesehen
hat. Ihn ist sie ein Spuk, mit dem
er erschreckt werden soll. Manchmal

Ein Neubürger-Chor

Die Städtische Flüchtlingsstelle
teilt mit: Vielseitigen Anregungen
aus Neubürgerkreisen entsprechend
und der Förderung maßgeblicher
Stellen sicher, ist die Gründung
eines gemischten Chores unter fach-
männischer musikalischer Führung
vorgesehen. Bei der Rücksprache
mit den Vorsitzenden der einzelnen
Neubürgervereinigungen und Land-
mannschaften wurde vereinbart, daß
an dieser kulturellen Einrichtung
interessierte sangesfreudige Damen
und Herren ohne Rücksicht auf das
Herkunftsland (Schlesien, Ostpreu-
ßen, Sudetengau u. a.) ihre Anschrift
bis 1. März der Kreisgeschäftsstelle
der „Ida“ (Interessengemeinschaft
der ausgewiesenen Deutschen), Karlsru-
he, Sonntagstraße 2, mitteilen. Von
dort aus erfolgt die Einberufung zur
ersten Zusammenkunft. j)

Handwerk in deutschen Landen

Sieben durchweg glänzend fotografierte
und von Dr. R. Heffer sehr glücklich zu-
sammengestellte Streifen machten die
leder nicht sehr zahlreichen Besucher der
sonntäglichen Kulturfilm-Matinee in der
Kurbel mit einer Reihe von spezifisch
landschaftlich gebundenen Handwerkszei-
gen bekannt, die, auf einer Jahrhunderte
alten Tradition fußend, in den verschiede-
nen Gegenden Deutschlands anzutref-
fen sind. Von den Fischern an der
Nebung gings durchs Aarial, wo der deutsche
Burgunder wächst, zu den „Kannenhölzern“
im schönen Westerwald. In der grandiosen
und waldreichen Gebirgswelt der Alpen
besuchte die Kamera die Werkstätten der
Holzschnitzer, Drechler, Schachtelmacher
und Seeschnitende und folgte den Holz-
heimern im Winter und den Seebirnen im
Sommer auf gefälligen Gebirgsplätzen. -4-

Sachlichkeit und Beschränkung auf das Wesentliche

Heute erscheint erstmals das „Karlsruher Studentenblatt“

Heute erscheint als Organ des Allge-
meinen Studentenausschusses der Tech-
nischen Hochschule zum erstenmal — zu-
nächst unter dem Namen „Karlsruher
Studentenblatt“ — eine Zeitschrift der
Karlsruher Studenten. Hierzu schreibt
uns der ASTA:

Der Allgemeine Studentenausschuss will
künftig in der Vertretung der Studenten
eine größere Initiative entfalten. Er hat
sich darum als erstes zu der Herausgabe
eines Blattes entschlossen, dem im Rah-
men eines ausgebauten Programmes eine
Reihe von Aufgaben zufallen. In dem
wegweisenden Leitwort sind in knapper
Form die Richtlinien, Hauptaufgaben und
Ziele umrissen. Sie sollen dem Blatt die
Fasson geben, um ein Abirren ins Ufer-
lose zu vermeiden. „Die Mängel der Zeit
in ihren ungünstigen Auswirkungen auf
das Hochschulleben erkennend“, bestehen
sich die ersten zwei Hauptaufgaben auf
die Studenten und die Hochschulorganisa-
tion selbst. Sie haben neben einer engen
Führungsnahme zwischen Lehrkörper,
Studentenschaft und ASTA zum Ziel,
„den Begriff des akademischen Bürgers
in seinem unverfälschten Sinn herauszu-
arbeiten, ihn selbst mit einem würdigen
Ansehen auszustatten und die Studieren-
den dazu zu bewahren, daß sie über dem
technischen Studium die Umwelt verges-
sen und in eine hoffnungslose Einseltig-
keit hineinsteuern“. Es gilt ihnen den
Blick in das vor ihnen liegende Leben zu
weiten und sie zu eigenem verantwort-
lichem Denken und Urteil anzufrfordern.
Im Hinblick auf eine Hochschulreform soll
innerhalb der Studentenschaft eine klare
Ansicht gefördert werden, die der Arbeit
der Experten in angemessener Weise
koordiniert werden kann. „In der erschlü-

ternden Erkenntnis, daß die heutige
Generations der Politik in unverantwortlicher
Gleichgültigkeit begegnet, soll es unsere
vierte Hauptaufgabe sein, den Sinn für
ihre lebensnotwendige Bedeutung zu we-
cken und mit eindringlicher Schärfe an
die Staatsbürgerpflichten zu gemahnen.“
Bemerkenswert für das angestrebte Ni-
veau sind die Forderungen nach Sachlich-
keit, Beschränkung auf das Wesentliche,
Abgeschlossenheit in Aufbau und Stil.

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Dienstag, 18. Februar

Stuttgart: 12.00 Landfunk, 14.00 Schul-
funk: Das Gedicht, 14.30 Wirtschaftsprüfung;
14.45 Jeder lernt Englisch; 15.15 Klavier-
musik: 32 Variationen in c-moll v. Beet-
hoven, Rhapsodie in g-moll op. 79 von
Brahms, Abendgesang op. 17, Chant sans
parole op. 13, March funebre op. 13 von
Reger; 15.45 Aus d. Weltliteratur: Chris-
toph Heily (K. Kühne); 17.00 Heilkunde
und Heilkunst; „Die Calmette-Querin-
Schutzimpfung gegen Tuberkulose“ (Dr.
Jensen); 17.15 Klavierkompositionen von
Rameau u. Couperin, Arlen v. Scarlatti,
de Luca u. Pergolesi; 18.00 Für d. Frau;
18.15 Jugendfunk; 20.00 Symp.-Konz.;
Konzert für Klavier u. Orch. von Ravel,
J. Rhapsodie f. Klarinette u. Orch. von
Debussy, Symp. A-dur („Die Halleluden“)
v. Mendelssohn-Bartholdy; 21.15 Heiteres
Funkbrettel; 22.00 Tanzmusik; 22.50 Aus
d. Welt des Schauspiels; 23.00 „Zyklus v.
Leben“ op. 15, drei Lieder f. Baß u. Klav.,
Tanzspiel „Masken“ f. Klav. v. R. Unkel,
Streichquartett P-dur v. Kaminski.

musste man Satzbrocken erraten, so hin-
gehaucht kamen sie von seinen Lippen.
Das gehörte aber zur Auffassung der
Rolle. Haltung und Mimik waren dem
Leisen angepaßt. Er war mehr der Schatten
eines Menschen als ein wirklicher
Mensch. Eine Hamlet-Szene von 1948, von
Sartre prophetisch vorausempfunden, wie
auch das Gescheh von Parteiführern, die
plötzlich klug werden, sinken könnten
und dann von ihren Leuten abgeknallt
werden. Es waren manchmal Töne in
des Schauspielers Stimme, die in ihrer Zer-
brechlichkeit einen Augenblick an Molli erin-
nerten. Den Hoederer stiftete Fritz Brand
mit breiten Schultern und breiter Sicher-
heit aus. Erich Ponto hatte leider nur
eine kleine Rolle. Parteisekretärin Olga
war Elisabeth Lothar; schwarze Stul-
pengefäß, schwarzer Rock, schwarzes
Kopftuch, ein weiblich-männliches Wesen.
Die kleine Jessica, die Frau Hugos, eine
Katze, die anmutig, aber gefährlich mit
Männern und mit Gefahren umgeht, ein
unzufriedenes, elegantes, animalisches
Weibchen, gab Ortrud Bechler. Sie
spielte mit dieser Rolle kindlich-charmant,
ohne ihre Tiefen zu ahnen.

Das Publikum „angeführt“ von der Klar-
heit und Schärfe der Gedanken Sartres,
von seinen unmittelbar gestalteten Dislo-
gen und den lebendigen Menschen darin,
betrafen von den vielen Feinheiten im
menschlichen, inmitten einer grauen politi-
schen Welt, nahm das Stück unter gro-
ßem Beifall entgegen. Man war aus der
gesamten Westzone herbeigeeilt, um die
westdeutsche Erstaufführung zu sehen. Es
wird immer ein Verdienst des Württem-
bergischen Staatstheaters bleiben, im
Schauspiel jederzeit kühn mit neuen Zeit-
stücken voranzugucken zu sein, die eines
Kulturtheaters würdig sind.

Max Geisenheyser

